

► Klimaschutz first – Was wir von der Jugend lernen können

Als mein damals 19 jähriger Sohn im Dezember 2009 zur 15. Klimakonferenz nach Kopenhagen fahren wollte, sah ich das als besorgte Mutter sehr kritisch. Denn es standen in der gleichen Zeit Klausuren bei ihm an, die für das Abitur zählten.

Das wäre doch ganz unwichtig, empörte sich der junge Mann. Wenn das Klima den Bach runtergeht, spielt das Abitur doch wohl keine Rolle mehr, ob ich das denn nicht begreifen würde.

Also er könne sehr gut ohne Abitur leben. Es sei ja sehr fraglich, ob es überhaupt noch eine lebenswerte Welt gäbe in naher Zukunft.

Damals hatte ich in erster Linie die berufliche Zukunft meines halbwüchsigen Sohnes vor Augen. Er fuhr trotz meiner Gegenrede nach Kopenhagen, aber nur über das Wochenende und kam pünktlich zu den Klausuren zurück. Damit war der familiäre Frieden wieder hergestellt.

Aber über die Klimakonferenz in Kopenhagen heißt es, sie sei sehr unwirksam gewesen. Dabei war es schon 2009 allerhöchste Zeit, endlich wirksame Vereinbarungen zu treffen und vor allem umzusetzen.

In diesem Jahr nun trafen sich vom 06. bis 18.11. die Vereinten Nationen zur bereits 27. Klimakonferenz in Ägypten.

Was hat sich in den Jahren zwischen der Konferenz 2009 bis heute verändert? In allererster Linie das Klima. Waren lange Zeit die Folgen des Klimawandels auf unserer Insel der Glückseligen in Mitteleuropa noch gut zu ignorieren, könnte es spätestens nach dem letzten Dürre- und Hitzesommer auch Otto und Olga Normalverbraucher*in dämmern, dass es uns ebenfalls „an den Kragen“ gehen kann. Aber leider hat die Klimakrise nicht die Priorität, die ihr eigentlich zusteht.

Seit 2020 plagt uns Corona. Wobei auch an diesem Problem vieles menschengemacht ist. Vom am Profit orientierten Gesundheitssystem, das zum Burnout vieler Pflegender führt, bis hin zur Pharmaindustrie, die ihre Patente nicht freigibt. Und damit verhindert, dass ärmere Länder selber Impfstoffe und Medikamente produzieren können.

Seit Anfang 2022 tobt nun der Krieg in der Ukraine, der zu aller erst für die Menschen dort und auch für das vom

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2022/

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Klimaschutz first	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreisverband	7
DIE LINKE. Kreistagsinfo	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
Göttinger Linke Ratsinfo	11
Forts. Klimaschutz first	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 01.2023
ist der 16. Dez.
Auslieferung ab dem 22. Dez.

Krieg betroffene in Russland eine Katastrophe ist.

In Folge der Sanktionen kommt weniger Gas nach Deutschland und dadurch sind bekanntermaßen hierzulande die Preise für Energie und andere Güter gestiegen. Wie dem entgegenzuwirken ist, darüber streiten sich die Geister, auch die der Linken. Und das zuweilen bis zum Zerstreiten und Zersplittern.

Leider, muss man sagen, denn es gäbe einen kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den sich eigentlich gerade jetzt alle einigen müssten,

die für eine gerechte und solidarische Zukunft kämpfen wollen. Denn die jetzige Energiekrise wäre die Gelegenheit, beim Klimaschutz endlich auf die Tube zu drücken und mit vereinten Kräften nach Lösungen zu suchen.

Schüler*innen in Göttingen machen es im Namen der Bewegung „End Fossil-Ocupy“ vor:



Jugendliche auf der Fridays for Future-Demo in Göttingen am 20.09.19



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

► Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus:

Veranstaltungsreihe vom 06.11.2022 bis 30.01.2023

In diesem Monat möchten wir hier über ein Bündnis berichten, welches wir unterstützen und welchem wir als VVN-BdA Göttingen ab dem kommenden Jahr als Veranstalter*innen angehören werden.

Dabei handelt es sich um das „Göttinger Bündnis zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“.

Das Bündnis ist in Göttingen und Umgebung bereits seit 1997 aktiv. Seit nunmehr 25 Jahren wird jährlich eine Veranstaltungsreihe geplant und durchgeführt, welche im groben Zeitraum vom 09. November (in Erinnerung an die Pogromnacht 1938) bis zum 30. Januar (Ernennung Hitlers zum Kanzler 1933) eine ganze Fülle an Gedenk- und Informationsveranstaltungen anbietet; von Führungen durch die KZ-Gedenkstätte Moringen über Filmvorführungen, Theaterstücke und Workshops bis hin zu Lesungen, Vorträgen, Seminaren und Podiumsdiskussionen. Durch die Wahl der Daten soll an die Schuld des deutschen Faschismus erinnert werden.

Beispielsweise am **Sonntag, dem 04. Dezember**, findet in der Dauerausstellung „Auf den Spuren europäischer Zwangsarbeit. Südniedersachsen 1939-45“ (Godehardstraße 11, 37081 Göttingen) ein Workshop mit der Historikerin Annika Fischer unter dem Namen „Geschichte erforschen mit dem Museumskoffer“ statt. Hierbei werden anhand von 10 Koffern (gefüllt mit Objekten, Fotos und Dokumenten) die Hintergründe der beinhalteten Gegenstände entschlüsselt. Dies geschieht durch das Nutzen aller Elemente der Ausstellung selbst, wodurch ein beinahe persönlicher Zugang zu den Biografien der in der Ausstellung thematisierten Zwangsarbeiter*innen hergestellt wird. **Beginn ist um 14:00 Uhr**; Veranstalter sind die Ausstellung selbst sowie der Verein Geschichtswerkstatt Göttingen.

Besonders möchten wir auf **die Führungen durch die KZ-Gedenkstätte Moringen** hinweisen. Dieses Konzentrationslager wurde von den Nationalsozialisten bereits im Frühjahr 1933 in Betrieb genommen. Vielen Menschen in Südniedersachsen ist in der Tat gar nicht bewusst, welche Vorbildfunktion die Errichtung des Konzentrationslagers in Moringen hatte, da dies eines der ersten KZ im Deutschland unter der Herrschaft der Nationalsozialisten überhaupt war. Es wurden vorerst hauptsächlich politische Gefangene aus dem Raum Göttingen-Hannover dort ihrer Freiheit beraubt. (Als Kennzeichnung des Grundes der Inhaftierung haben politische Gefangene ab 1937 ein rotes Dreieck auf Hose und Hemd ihrer Häftlingskleidung genäht bekommen. Die VVN-BdA hat diesen „roten Winkel“ als Verbandszeichen gewählt.)

Weitere tragische Wichtigkeit erhielt das KZ Moringen dann ab Herbst 1933. Ganze 5 Jahre lang galt es bis zum März 1938 als das zentrale Frauen-KZ Preußens. In dieser Zeit waren nicht nur Frauen aus dem politischen Widerstand inhaftiert, sondern auch Zeuginnen Jehovas, welche zeitweise bis zu 90% der Inhaftierten ausmachten (damals waren die Zeugen Jehovas als Bibelforscher bekannt; zur Erkennung bekamen die religiösen Gefangenen einen „lila Winkel“ auf ihre Häftlingskleidung).

In den Jahren 1940 bis zur Befreiung 1945 wurde der Komplex dann als Jugend-KZ genutzt. Hier waren fortan männliche sozial, „rassisch“, religiös oder politisch verfolgte Jugendliche im Alter von 13 bis 22 Jahren dem SS-Terror ausgesetzt. Sie sollten durch Hunger, Zwangsarbeit und gnadenlose „Erziehungsmethoden“ der Nazidoktrin wieder zugänglich gemacht werden. Beschönigender Weise war die offizielle Bezeichnung „Jugendschutzlager“.

Termine:

Mittwoch, 14.12., 16.30 Uhr, Café INTI
Sprecher*innen VVN-BdA Göttingen trifft sich

Der Kreis der Sprecher*innen der VVN-BdA Göttingen trifft sich regelmäßig und Gäste sind herzlich willkommen. Das nächste Treffen wird wieder im Café INTI, Göttingen, Wilhelmsplatz stattfinden. Wir besprechen bei den Treffen unsere Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen so ansteht.

**Wolfgang Oehme –
Ehrenvorsitzender der VVN-BdA Göttingen**

In der letzten Ausgabe der Göttinger Blätter haben wir über das Leben von Wolfgang Oehme berichtet. Gefehlt hat der Hinweis, dass er Ehrenvorsitzender der VVN-BdA in Göttingen war. Falsch war das Todesjahr, Wolfgang ist im Jahr 1994 verstorben. Wolfgang war nicht nur aktiv bei den IGM-Rentnern, sondern war federführend über sehr viele Jahre dort engagiert.

Die Führungen in Moringen finden am Mittwoch, dem 07. Dezember 2022, um 16:30 Uhr und am Samstag, dem 17. Dezember 2022, 15:00 Uhr statt. Der Startpunkt ist Lange Straße 58 in 37186 Moringen.

Weitere Informationen und Veranstaltungen erhaltet ihr über die Website: **www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de**

Sofern nicht anders angegeben, ist der Eintritt zu allen Veranstaltungen frei. Spenden sind erwünscht. (kh)



Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung:

13. Dezember, 19.00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Zwei Millionen für Cuba – aus den USA

Das kubanische Außenministerium hatte die USA um Katastrophenhilfe in un spezifizierter Höhe gebeten, um Opfern des Hurrikans „Ian“ zu helfen.

Das US-Außenministerium will über seine Entwicklungsagentur United States Agency for International Development (USAID) unabhängigen Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz nun zwei Mio. US-Dollar bereitstellen. Dabei soll allerdings kein einziger US-Dollar in die Hand von kubanischen Behörden oder Organisationen gelangen, um nicht die eigene Blockade zu brechen.

Die 2 Mio. US-Dollar Nothilfe, für die der kubanische Außenminister Bruno Ro-

dríguez Parrilla den USA diplomatisch dankte, stehen in starkem Kontrast zu den 300 Mio. US-Dollar, die USAID in den letzten 20 Jahren für den Aufbau und die Unterstützung von Konterrevolutionären auf Kuba aufgewendet hat.

Die jährlichen Gesamtausgaben der USA für den Regime Change auf Kuba belaufen sich dagegen auf etwa 50 Mio. US-Dollar.

Echte Hilfe sähe so aus, dass die US-Blockade beendet würde, die Kuba

bisher – inflationsbereinigt – Verluste von ca. 1,4 Billionen US-Dollar verursacht hat: In den ersten 14 Monaten der Biden-Administration beliefen sich die volkswirtschaftlichen Schäden für Kuba durch die Blockade auf etwa 6,3 Mrd. US-Dollar. Das sind 15 Mio. US-Dollar täglich. Ohne diese völkerrechtswidrigen Zwangsinstrumente gegen Kuba wäre ein Hilfsersuchen an die USA überhaupt nicht nötig gewesen.

Materielle Solidarität mit Cuba:

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. stellte in den letzten Monaten weit über 150.000 Euro für die materielle Solidarität zur Verfügung!



In den letzten zwei Monaten sind die Hilfsaktionen für Cuba auch bei der FG „ins Rollen“ gekommen:

- Hurrikan-Soforthilfe: 10.000 Euro
- Kosten für med. Materialien (incl. Transport): 98.911,23 Euro
- Soforthilfe Matanzas: 4.100 Euro
- Die NGO „Quisicuba“ in Havanna hat 10.000 Euro für ihre sozialpädagogische Arbeit mit Jugendlichen erhalten

➤ Der Verband „ACLIFIM“ (Verein für Menschen mit Körperbehinderungen): 2.000 Euro

➤ 9.811,50 für Venenkatheter u.a. Verbrauchsmaterialien, die die Teilnehmer*innen der CL/UZ-Leserreise mitgenommen haben.

So sind in den vergangenen zwei Monaten über 140.000 Euro von der FG für die materielle Solidarität für Cuba realisiert worden

Wir möchten aber weiterhin Beiträge zur Unterstützung der kubanischen Bevölkerung leisten und bitten deshalb um Spenden. Jeder Euro zählt. Spenden erbitten wir z.B. unter Angabe des Stichwortes „Hurrikanhilfe“:

Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00,
BIC: BFSWDE33XXX

Abzugsfähige Spendenquittungen sind über unsere Geschäftsstelle erhältlich:
Maybachstr. 159, 50670 Köln,
Tel. 0221 240 5120, Fax 0221 606 0080

Die internationale Gemeinschaft gegen die US-Blockade gegen Kuba

Zum dreißigsten Mal befasste sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. und 3. November mit der Kuba-Resolution: „Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade“.

Am 3. November legte Kuba der UN-Vollversammlung zum dreißigsten Mal eine Resolution zur Beendigung der von den USA verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade vor, die von der internationalen Gemeinschaft in drei aufeinander folgenden Abstimmungen fast einstimmig unterstützt wurde. An diesem Tag der 77. Sitzung der Generalversammlung legte der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez dem Plenum einen Bericht vor, in dem er die Schäden anpran-

gerte, die durch die einseitige Politik der US-Regierung entstanden sind.

Am 2. November wurden Vertreter von rund 30 nationalen Delegationen angehört, einige auch im Namen von Organisationen wie NAM, ASEAN, SICA, Caricom und CELAC, die ihre Argumente für ihr Abstimmungsverhalten, ihre Unterstützung für Kuba und ihre Ablehnung der US-Politik auf der Grundlage der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts darlegten.





Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



▶ Armut bleibt Gesetz: Unwürdiges Gezerre um Bürgergeld

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP hatte der Deutsche Bundestag am 10. November beschlossen, ab 1. Januar 2022 den Menschen, die bisher von Hartz IV leben mussten, ein „Bürgergeld“ zu zahlen. Durch die Verweigerung der Mehrheit der CDU-regierten Länder, diesem Gesetz zuzustimmen, war es wenige Tage später schon wieder Makulatur und bis zum Redaktionsschluss der „Göttinger Blätter“ stand nicht fest, ob der Vermittlungsausschuss, der versuchen will, zwischen den beiden Kammern des deutschen Parlamentarismus einen Kompromiss auszuhandeln, „Erfolg“ hatte. Der kann nach Lage der Dinge nur eine Verschlechterung selbst der minimalen Verbesserungen bedeuten, die die Umetikettierung von „Hartz IV“ in „Bürgergeld“ bringen sollte.

Die Ärmsten in diesem Lande, auf deren Rücken dieses Schmierentheater stattfindet, hätten dringend noch viel umfassendere Hilfe als z. B. die magere Erhöhung der Regelsätze um 53 Euro pro Monat nötig. Einen Tag nach der Abstimmung im Bundestag veröffentlichte das Statistische Bundesamt die neue Schätzung zur aktuellen Inflationsrate, die inzwischen mit 10,4 Prozent ihren höchsten Stand seit 1951 (!) erreicht hat. Das Amt hat diese Durchschnittsrate ergänzt durch Berechnungen für einzelne Warengruppen. Danach haben sich die Kosten für Energie nicht um 10, sondern um 43 Prozent verteuert, Speisefette und Speiseöl um 50 Prozent, Molkereiprodukte und Eier um 29 Prozent, Gemüse um 23 Prozent, Brot und Getreideerzeugnisse um 20 Prozent – usw. Das sind aber die Waren, für die die Armen im Gegensatz zu den Reichen im Lande den größten Teil ihrer schmalen Einkünfte ausgeben. Für sie liegt die Inflationsrate also nicht bei 10 Prozent, sondern um Vieles höher. Sie sollen nun weiter gleichzeitig frieren und hungern.

Die Begründungen, die im Bundestag zur Ablehnung selbst dieser Minireform angeführt wurden, triefen vor Heu-

chelei und Zynismus. Da wurden vom CDU-Sprecher Hermann Gröhe fiktive Hartz-IV-Empfänger mit „150.000 Euro Vermögen“ herangezogen, um gegen die schüchterne Lockerung bei der Heranziehung von Rücklagen zu wettern. Das ist plumpe Hetze gegenüber Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet hatten und nun arbeitslos geworden sind. Vergeblich hatte im Vorfeld der Deutsche Gewerkschaftsbund die vor der Bundestagsdebatte seitens der CDU und CSU aufgeführten Rechenbeispiele auseinandergeplückt und ins Reich der Fabeln verwiesen.

Praktisch keine Rolle hat bei der Debatte ein Plädoyer gespielt, das von den Personalräten der Jobcenter vorgetragen wurde. Sie sprachen sich für großzügige Übergangsregelungen zur Linderung der im Lande unter den Ärmsten grassierenden Not, aber gleichzeitig für eine Verschiebung der grundlegenden Umstellung von Hartz IV auf das Bürgergeld aus. „Schon jetzt“, ließ die Gewerkschaft ver.di am 12. November in ihren „ver.di-news“ wissen, fehle „in den Jobcentern Personal.“ Die Beschäftigten seien überlastet „nicht zuletzt, weil durch etwas eine halbe Million Geflüchteter aus der Ukraine das Antragsvolumen sprunghaft gestiegen sei. Die Personalräte fordern mehrere tausend Neueinstellungen – sonst drohe der Kollaps.“

Das unwürdige Schwarze-Peter-Spiel, das den gegensätzlichen Abstimmungsergebnissen von Bundestag und Bundesrat nun folgt, wird also nicht nur auf dem Rücken der Empfänger der Grundsicherung, sondern auch auf dem Rücken derer ausgetragen, die das alles im Alltag umsetzen sollen.

Nach der Debatte hat der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz in einem Interview für die „Welt am Sonntag“ seine Positionen zusammengefasst. Dort hat er die leisen Verbesserungen bei „Menschen, die eigentlich

Mitgliederversammlungen Dezember

06. Dezember:

TVöD – Tarifrunde: Wie können wir Unterstützung leisten?

20. Dezember:

Zum Abschluss des Jahres wollen wir einen Film anschauen

*Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im
Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt.*

arbeiten könnten“ als „Verhöhnung aller derjenigen“ bezeichnet, „die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit fahren.“ Die von SPD, Grünen und FDP weiter vorgesehenen Sanktionen – also Hiebe auf den Magen für „Bürger“, die künftig vom „Bürgergeld“ leben müssen – würden nur in „geradezu homöopathischen Dosen“ verabreicht. Ihm ist eine Kürzung bis zu 30 Prozent der Leistungen nicht genug.

Dieser Mann will nicht nur Arbeitende und Arbeitslose spalten. Ein ganzes Gedankenuniversum ist er entfernt vom marxistisch-humanistischen Menschenbild, nach dem Menschen gerne arbeiten, wenn die Verhältnisse nur so wären, dass sie nicht ausgebeutet und durch die Arbeit sich selbst entfremdet würden. Für ihn sind Menschen Arbeitstiere, die mit Zuckerbrot und Peitsche gezwungen werden müssen, sich der Ausbeutung zu unterwerfen. Von diesem Menschenbild geleitet wettet er gegen den zu zaghaften Einsatz der Peitsche. Das Darlegen dieses widerwärtigen Menschenbildes ist das Abstoßendste dieser ganzen Debatte – und seine Offenlegung gleichzeitig vielleicht ihr einziger Nutzen. (ms)



Bild: Quelle <https://www.hartziv.org>

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Neue Akteure in Grone

**Die Preise müssen runter
Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten**



Eine neue Gruppe hat sich mit einer Kundgebung am 12.11.2022 mit diesen Forderungen am Jonaplatz vorgestellt und rd. 15 Groner*innen kamen vorbei, um die Gruppe, die selbst zahlreich vertreten war, „kennenzulernen“.

„Der Krieg, Klimakrise und die Corona-Pandemie haben ihren Einfluss auf die Inflation. Doch die Preise steigen nicht von selbst, sie werden erhöht ... Durch Meckern und Schimpfen ändert sich nichts. Wir müssen die Forderungen gemeinsam auf der Straße erkämpfen. Deswegen wollen wir ins Gespräch kommen, um uns darüber auszutauschen,

wie man den Protest gestalten und sich gegenseitig unterstützen kann“ (Textauszug aus dem Flyer der Gruppe).

Neu in Grone sind die Mitglieder dieser Gruppe, zu der sich die Basisdemokratische Linke, Ende Gelände, Soliküche, Redical M und andere zusammengeschlossen haben. Ein Aktiventreffen findet an jedem 1. und 3. Donnerstag im Monat im Bürgerhaus in Grone Nord statt.

Einige Grobiane sind auch vorbeigekommen, um einen ersten Kontakt zu knüpfen und ein gegenseitiges Kennenlernen wurde verabredet.

(cs)



Winterkino Grone im November!

Motto:

„Filmstadt Göttingen“

Winterkino Grone

am Freitag, 09. Dez., 18.30 Uhr!

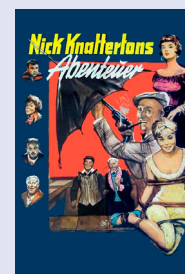
Ort: Jona-Gemeinde,

Deisterstraße

(Direkt an der Bushaltestelle)

Filmtitel:

**Nick
Knattertons
Abenteuer**



Dieser Vorläufer des James Bond kann messerscharf kombinieren und, wenn es sein muss, noch schärfer zuschlagen – ein Filmgenuss von 1958

Wer über kurzfristige Änderungen informiert werden möchte, kann seine Email-Adresse hinterlassen. Entweder direkt an „Winterkino-Grone@web.de“ schreiben oder sich in die ausliegende Liste bei den Veranstaltungen eintragen. Wer keine Email hat, kann auch seine Telefonnummer hinterlassen oder sich unter der Telefonnummer 0551-96550 melden. Dann können wir bei kurzfristigen Änderungen, Absagen etc. schnell informieren.

Neues aus Grone: Ende der Modernisierungen

Mit Datum vom 27. Oktober erhielten die Mieter*innen mit den ungeraden Hausnummern im Süntelweg das erlösende Schreiben der LEG: „Wir möchten Sie mit diesem Brief darüber informieren, dass wir die geplanten Modernisierungen in Göttingen nicht weiter fortführen werden.“

Natürlich werden Gründe angeführt: Gas- und Energiekrise, Inflation, fehlende Fachkräfte, etc. etc.

Und: Selbstverständlich seien notwendige Instandhaltungsmaßnahmen, die in gewohnter Weise durchgeführt werden, nicht davon betroffen: Als Bonbon für die Mieter*innen dann noch; „Schließlich möchten wir sicherstellen, dass Ihre Wohnung für Sie weiterhin bezahlbar bleibt. Daher haben wir seit jeher mit Augenmaß modernisiert und geprüft ...“ blah, blah!

Von uns einen herzlichen Glückwunsch an all die Mieter*innen, denen das Schicksal des Süntelweges erspart bleibt!

Aber wir werden uns noch einmal den Städtebaulichen Vertrag, der ja sein Papier nicht wert war, anschauen, was der Stadt dadurch entgehen wird.

Die Globiane



Kreismitgliederversammlung

Am 11.01.2023 um 19:00 Uhr im Haus der Kulturen, Hagenweg 23, 37081 Göttingen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
2. Wahl der Versammlungsleitung, der Mandatsprüfungskommission und einer Wahl- und Zählkommission
3. Beschluss der Tagesordnung
4. Vorhaben im Jahr 2023
5. Wahl einer Kassenprüferin / eines Kassenprüfers
6. Finanzplan 2023
7. Berichte
 - a. Fraktionen
 - b. Linksjugend
 - c. Kreissprecher:innenrat
8. Sonstiges

Vortrag zu Stop Trinity in Wolfsburg mit Tobias Rosswog

Am 03.12.2023, nachmittags. Genaue Uhrzeit und Ort werden über den Newsletter und den Telegram – Channel bekannt gegeben.

Genug ist Genug Aktionstag

Am 06.12. 2022. Genauere Infos folgen über den Newsletter und den Telegram – Channel.

Aktiventreffen

Am 14.12.2022 um 19.00 Uhr im Saal der Roten Hilfe (direkt neben dem Roten Zentrum, Lange Geismarstr 2, 37073 Göttingen)

Weihnachtsfeier

Am 17.12.2022. Genauere Infos folgen über den Newsletter und den Telegram – Channel.

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Nächster Termin voraussichtlich am Mittwoch, 11. Januar, 18.30 Uhr, Thema: Migrations- und Flüchtlingspolitik

Veranstaltung mit Oliver Nachtwey zu seinem aktuellen Buch „Gekränkte Freiheit“ am 19.01.2023, genauere Infos folgen.

Jetzt erst recht! **DIE LINKE.**

Gemeinsam gegen Rassismus und rechte Hetze.
mitglied-werden.die-linke.de

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 05 51 - 29 14 05 46
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

goettingen@linksjugend-niedersachsen.de
und auf Instagram unter [linksjugend.goettingen](https://www.instagram.com/linksjugend.goettingen)
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de
Phillip Ammermann, Tel. 0171-1728270

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-bg@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

▶ Bericht zur Kreismitgliederversammlung (KMV) der LINKEN

Am 2.11. fand die erste KMV nach der Landtagswahl statt. Etwa 40 Genoss:innen und Gäste haben die KMV mit vollem Programm besucht. Paul Wellsow, der seit dem Landtagswahlkampf ehrenamtlich das Amt des Pressesprechers bekleidet, analysierte aus Sicht des Landesvorstandes die Niederlage bei der Landtagswahl. Ein wesentlicher Punkt seines Inputs war, dass wir uns als Landesverband politisch neu sortieren müssen, auch mit Blick auf den Koalitionsvertrag, der zunächst viele gute Forderungen enthält. Eine weitere Aufgabe sei, Persönlichkeiten und thematische Expert:innen über die Landesgrenzen hinweg aufzubauen. Ein geschlossenes Auftreten wie auch im Wahlkampf sei wünschenswert. In der

Aussprache wurde mit Blick auf unseren Kreisverband auch nach vorne diskutiert: So sei es notwendig, die Sozialproteste in diesem Winter fortzusetzen, die tariflichen Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst im Frühjahr 2023 zu unterstützen, unsere Nahverkehrskampagne weiterzuführen, konkrete Solidaritätsarbeit „LINKE hilft“ zu konkretisieren und Bildungsangebote nach innen und außen zu machen. Auf den zweiwöchentlich stattfindenden Aktiventreffen sollen diese Themen vertieft und bearbeitet werden.

Im weiteren Verlauf wurde Platz im Kreissprecher:innenrat (KSR) nachbesetzt. Pascal Heisterüber, der Jugendgewerkschaftssekretär bei der Ver.di in

Göttingen ist, wurde mit großer Mehrheit gewählt. Darüber hinaus gab es ein Votum für Eckhard Fascher, die Partei im Sprecher:innenrat des Bündnisses der Göttinger Linken zu vertreten, gleiches hatte bei einer vorherigen Sitzung schon Rieke Wolters erhalten.

In den Fraktionen in Kreis und Stadtrat hat es zudem Veränderungen gegeben, über die im Rahmen der KMV informiert und diskutiert wurde.

Martin Rieth hat sein Kreistagsmandat niedergelegt, ihm wurde für seine Arbeit gedankt. Für ihn rückt Thomas Goes nach. Darüber hinaus ist Edgar Schu aus der Partei DIE LINKE ausgetreten. Die KMV hat sich in einem verabschiedeten Statement von seiner Kritik und damit verbundenen Positionen von ihm distanziert und ihn zur Rückgabe des Mandates sowie zur Abgabe des Fraktionsvorsitzes aufgefordert.

Zu guter Letzt wurde außerdem über den Mietvertrag mit dem Roten Zentrum gesprochen. Die Mitgliederversammlung sprach sich dafür aus, dass die Partei weiterhin Untermieterin im Roten Zentrum bleibt.

▶ Lasst die Sprache los

Claudia Müllers tolle Dokumentation über Leben und Werk der Schriftstellerin und Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek.

Wenn man in Müzzuschlag nach einem Ort sucht, der der Schriftstellerin Elfriede Jelinek gewidmet ist, sucht man ihn vergeblich. Mindestens ist er extrem gut versteckt. Der Geburtsort der Nobelpreisträgerin in der Steiermark geht wenig hausieren mit seinem berühmten Stadtkind. Vielleicht kein Wunder: Jelinek trägt neben dem berühmten Preis viele weitere Ehrungen mit sich herum. „Vaterlandsverräterin“, „Schmutzfink“ sind die gängigsten – und dann wohl die schlimmste: „Kommunistin“. Und während ihre Theaterstücke in der Hauptstadt Österreich und weltweit aufgeführt werden, erfuhr sie anderswo im Land Beschimpfungen.

Ihr Werk ist das einer originäre Literatin, wie es nicht viele gibt. Zu Beginn ihrer Karriere wartet Jelinek mit völlig neuer Sprache und einem provokanten Stil auf. In konsequenter Kleinschrift spielt sie in ihren Romanen Situationen tief empfundener Unterdrückung und Ungleichheit durch. „Wir sind Lockvögel, Baby“, „Michael“, Die Klavierspielerin“, „Die Lieb-

haberinnen“: Hier tritt eine völlig neue Kunst auf die Bühne: Herrschaftsverhältnisse der kapitalistischen Art: Eltern gegen Kinder, Mann gegen Frau, Fabrikbesitzer gegen Arbeiterklasse bearbeitet sie kritisch und parabelhaft in Spielsituationen. Und ist dabei unfassbar witzig.

Humor ist jedoch leider etwas, was ihrem Werk mit der Zeit abhanden kam. Vielleicht kein Wunder: Seitdem sie den Literatur-Nobelpreis erhielt, nahmen die Angriffe auf sie maßlos zu. Der Vorwurf: Mit ihren „Nestbeschmutzungen“ mache sie Weltkarriere. Doppelt übel nahm man ihr vor allem, dass sie immer wieder auf die Verstrickungen des prominenten österreichischen Personals, das sich das Nest so hübsch eingerichtet hat, mit dem Nationalsozialismus aufmerksam gemacht hat.

Dass sie heute sehr zurückgezogen lebt, hat damit zu tun. Der Regisseurin Claudia Müller ist es zu verdanken, dass Jelinek einen Blick in ihre Lebenswelt zulässt. „Elfriede Jelinek – Die Spra-

che von der Leine lassen“ heißt Müllers Dokumentarfilm, der stark an der Arbeit Jelineks ansetzt, um dann die Familiengeschichte nachzuzeichnen. Die Mutter aus dem Großbürgertum, der Vater ein jüdischer Chemiker mit starkem Hang zur Arbeiterbewegung, der später schwer erkrankte und in der Psychiatrie verstarb. Mutter Olga trimmte ihre Tochter auf Erfolgskurs, und zwar in der Musik: Elfriede Jelinek ist ausgebildete Organistin und spielt noch einige andere Instrumente. Eine Konzertprobe an der Kirchenorgel zeugt von ihrem Können.

Schreiben sei das einzige gewesen, wo die Mutter keine Aktien drin gehabt hätte, sprich Karrierepläne für die Tochter, erzählt die Schriftstellerin. Es wurde Jelineks ultimativer Rückzugsort. Vielschichtig, assoziativ, komplex, musikalisch fließend, feministisch – und konsequent antifaschistisch – das sind die Attribute ihres Stils, in dem sie Gedichte, Romane, Hörspiele, Theaterstücke, Drehbücher und, ja auch: Filmkritiken verfasst. Schauspieler wie Martin Wuttke und Sophie Rois rezitieren aus dem umfangreichen Werk. Ein prima Film!

Jürgen Kiontke [der Text stammt aus dem Online Magazin der LINKEN]



DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 5 - November 2022

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Zentraler Tagesordnungspunkt der Kreistagssitzung am 15.11. war die Harmonisierung der Abfallwirtschaften Göttingen und Osterode, zu der eine längere Debatte stattfand und auch einige Bürger*innen ihre Fragen einbrachten. Da die beschlossenen Regelungen für DIE LINKE allerdings nicht kritikwürdig sind, soll in diesem Kreistagsinfo darauf nicht näher eingegangen werden. Erwähnenswert sind allerdings einige formale TOPs, unter anderem auch, da es in unserer Fraktion einen personellen Wechsel gegeben hat.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Fraktionsgeschäftsführer
Dietmar Reitemeyer
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 3 / 4 - Feststellung eines Sitzverlustes / Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten

Formal festgestellt wurde vom Kreistag diesmal ein Sitzverlust bei der Linksfraktion. Martin Rieth, der seit der Kommunalwahl im letzten Jahr unserer Fraktion angehörte, musste leider aus beruflichen Gründen sein Mandatsverzicht erklären. Unser herzlicher Dank gilt Martin für seine geleistete Mitarbeit, bei der er in der kurzen Zeit manche inhaltlichen Impulse eingebracht hat und seine Auffassungen intensiv zu vertreten wusste. Als Nachrücker wird DIE LINKE im Kreistag nun von unserem Kreissprecher Thomas Goes vertreten, der krankheitsbedingt leider noch nicht an der Kreistagssitzung teilnehmen konnte. In welchen Gremien Thomas uns in der verbleibenden Wahlperiode vertreten wird, konnte dementsprechend noch nicht festgelegt werden, wir werden nach dem anstehenden Stühlerücken in der Fraktion darüber berichten.

TOP 5 - Genehmigung des Protokolls der vorherigen Kreistagssitzung

Das Erscheinen dieses Tagesordnungspunktes im Kreistagsinfo scheint etwas verwunderlich zu sein, handelt es sich doch bei diesem TOP sonst stets um eine reine Formalie. Diesmal jedoch gibt es aufgrund eines Ekzels in der letzten Kreistagssitzung einen Grund: Nachdem unser Abgeordneter Andreas Gemmecke vom Landrat durch einen Geschäftsordnungsantrag am Reden gehindert worden war, wurde auch aus anderen Fraktionen Unmut über dieses undemokratische Vorgehen geäußert. So kam es zu Beginn dieser Kreistagssitzung gemeinsam mit der FDP und der FWLG zu einer Eingabe zum Protokoll der vorangegangenen Sitzung, in der klargestellt wurde, dass die Mitglieder des Kreistages die Möglichkeit der Diskussion haben müssen, um in öffentlichen Sitzungen sachgerecht beraten und abstimmen zu können.

Die Eingabe soll nun in das Protokoll der Sitzung aufgenommen werden, für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass die Rechte der Opposition nicht durch Geschäftsordnungstricks ausgehebelt werden.

TOP 11 - Organisation des örtlichen Beirates SGB II

Zu diesem, dann abgesetzten, Tagesordnungspunkt gab es einen gemeinsamen Antrag mit der FWLG, nachdem die Änderung der Zusammensetzung dieses Gremiums durch SPD und Grüne beantragt worden war. In früheren Wahlperioden war es üblich gewesen, dass alle Fraktionen des Kreistags hier je ein Mandat bekommen hatten, was aber zu Beginn der laufenden Wahlperiode gestrichen wurde. Nun sollten wieder einige Abgeordnete aus dem Kreistag und zudem dem Göttinger Rat entsandt werden, allerdings in geringer Zahl und verteilt nach dem undemokratischen d'Hondt-Verfahren. Die Angelegenheit soll zunächst im Sozialausschuss beraten werden. Es bleibt somit zu hoffen, dass nach weiteren Beratungen den kleineren Fraktionen wieder zugestanden wird, Vertreter*innen für dieses Gremium zu benennen.

TOP 13 - Resolution: Solidarität mit der Freiheitsbewegung im Iran

In einer von FDP, CDU, FWLG und LINKEN beantragten Resolution erklärt sich der Kreistag solidarisch mit der Freiheitsbewegung im Iran und fordert die Landes- und Bundesregierung sowie die EU dazu auf, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung von Menschenrechten im Iran zu erreichen.

Dem Beschluss des Kreistages ging eine Debatte voraus, in der SPD und Grüne ihre Ausreden vortrugen, warum sie trotz Zustimmung den interfraktionellen Antrag nicht mitgetragen hatten. Dabei kam aber nur das übliche Lamento der fehlenden Zuständigkeit zur Sprache, das inzwischen immer vorgetragen wird, wenn Resolutionen eingebracht werden und die ja gerade deswegen Resolutionen sind, weil eigene Beschlüsse nicht möglich sind. Demgegenüber wurde die Resolution von der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises ausdrücklich begrüßt und den antragstellenden Fraktionen für die Initiative gedankt.

TOP 20 - ÖPNV öffentlich machen !

Mit einem Antrag zur Kommunalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis Göttingen startete DIE LINKE erneut eine Initiative, um die von Leistungseinschränkungen geprägte Situation des ÖPNV im Kreisgebiet langfristig in den Griff zu bekommen. In einem Prüfantrag soll die Kreisverwaltung dazu aufgefordert werden, die Beteiligung an einer kommunalen Verkehrsgesellschaft oder die Einrichtung einer solchen zu untersuchen, um eine Inhouse-Vergabe des ÖPNV im Landkreis Göttingen nach dem Auslaufen der Vergabe der jeweiligen Teilnetze durchführen zu können. Eckhard Fascher schlug in seiner Rede drei Modelle vor, die eine Beteiligung an den Göttinger Verkehrsbetrieben, der Ilmebahn GmbH im Landkreis Northeim oder die Einrichtung eines eigenen kreiseigenen Verkehrsunternehmens vorsehen.

Die weitere Beratung wird nun im Finanzausschuss und im Verkehrsausschuss erfolgen.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



▶ „(...) Aber ob wir Neues bauen, Oder Altes nur verdauen, (...)“



Am 17. November 2022 starb nach schwerer Krankheit unsere Genossin Anne Schreiner.

Anne war von Beginn an Fördermitglied in unserem Verein „Rotes Zentrum Göttingen“; vor allem hat sie uns mit ihrer Umsicht und Erfahrung bei der Bündnis-konstellation und im konstruktiven Umgang mit den Eigen- wie Besonderheiten der einzelnen Rote-Zentrums-Nutzer*innen beraten.

Anne war für viele Jahre aktives Mitglied des globalisierungskritischen Netzwerks Attac und der Partei Die.Linke. Für Jahrzehnte war Anne eine unermüdliche treibende Kraft, ein beständiges Gesicht und eine überzeugende Stimme der Friedensbewegung. Das ehemalige Friedensbüro in der Gotmarstraße wie auch das heutige Friedensforum sind maßgeblich von ihr mitgestaltet worden. Anne zwitscherte keine belanglosen Floskeln in den sozialen Medien – Anne stand für Jahrzehnte immer wieder an dem Ort der städtischen Öffentlichkeit, dem Göttinger Marktplatz, und hat in Schrift und Wort unermüdlich aufgeklärt, gestritten und geworben: für eine kooperative, friedlichere und gerechtere Welt.

Anne war Kommunistin – belesen und unorthodox. Anne studierte in Marburg Lehramt und war eine Schülerin

Wolfgang Abendroths. Hier war sie Anfang der 1970er Jahre Mitglied im Marxistischen Studentenbund Spartakus – der damaligen Studierendenorganisation der DKP. Diese gründliche humanistische und sozialistische Bildung; diese tiefgehende Politisierung machten sie in allen ihren Lebensbereichen zu einer kritischen, tatkräftigen, unbeirrbar und überzeugenden Persönlichkeit. Ihr rheinländischer Humor, ihre Lust am schöpferischen Chaos und ihre wohlwollende Geduld waren wohltuend und einnehmend.

Ab Mitte der 1970er Jahre arbeitete Anne in Göttingen im gerade erst gegründeten KEI – Kindergarten aus Eigeninitiative. Auch hier bewegten sie Fragen von Krieg und Frieden. Gegenüber des Kindergartengeländes am Rande des Göttinger Stadtwaldes befand sich bis Anfang der 1990er-Jahre die Ziethen-Kaserne. Während die Leopard-Panzer die Von-Ossietzky-Straße runter knatterten, spielten die Kinder im KEI „Bundeswehr – Scheißgewehr“. Anne gestaltete und prägte die progressive Pädagogik dieses bezaubernden Ortes. Der vielbeschworene und sprichwörtliche KEI-Geist ist zu großen Teilen ihr guter Geist, der Generationen von Kindern, Eltern und Kolleg*innen ermutigt zu wachsen, sich zu entwickeln und Gemeinschaft zu wagen.

Anne war Gewerkschafterin der ötv später von ver.di. An ihrem Arbeitsort im KEI etablierte sie das Modell, dass die Beschäftigten dieser privaten und freien Kita sich dem Tarifvertrag Öffentlicher Dienst TVÖD anzuschließen haben. Diese Weitsicht, sich arbeitsvertraglich nicht in einer privilegierten Nische einzurichten, sondern sich zum Subjekt gesellschaftlicher Aushandlungen zu machen, führen bis heute dazu, dass auch nachfolgende KEI-Kolleg*innen zu den aktiven Teilen der Göttinger Gewerkschaftsbewegung gehören. In den

Kämpfen um Qualitätsstandards und das Niedersächsische Kita-Gesetz brachte Anne von diesem klaren Standpunkt aus Bündnispartner*innen zusammen. Unvergessen ist die Kasperklatsche, die das Krokodil „Glogo“ (SPD-Ministerpräsident Glogowski) durch das Volksbegehren für ein gutes Kita-Gesetz erhielt. Unermüdlich erinnerte und motivierte Anne jährlich die jeweiligen Göttinger DGB-Chefs an die Verantwortung der Gewerkschaften, sich anlässlich des Antikriegstages gegen Aufrüstung und Krieg öffentlich zu positionieren.

Während der Feier ihres 75. Geburtstages gab Anne den Gästen – Freund*innen, Kolleg*innen und Genoss*innen – den Auftrag: „Dieses Lied wünsche ich mir zu singen bei meiner Toten und Trauerfeier. Eure Anne, 29-3-19“:

„ (...)
Aber ob wir Neues bauen,
Oder Altes nur verdauen,
Wie das Gras verdaut die Kuh;
Ob wir in der Welt was schaffen,
oder nur die Welt begaffen,
Das tut, das tut was dazu.

Ob wir rüstig und geschäftig,
Wo es gilt zu wirken kräftig,
Immer tapfer greifen zu;
Oder ob wir schläfrig denken;
Gott wird's wohl im Schlafe schenken,
Das tut, das tut was dazu!

Ob im Kopfe etwas Grütze
und im Herzen Licht und Hitze,
daß es brennt in einem Nu;
Oder ob wir hinter Mauern,
stets im Dunkeln träge kauern,
das tut das tut was dazu.

Drum ihr Bürger, drum ihr Brüder,
Alle eines Bundes Glieder:
was auch jeder von uns tu!
Alle, die dies Lied gesungen,
So die Alten wie die Jungen,
Tun wir, tun wir denn dazu!“

(„Bürgerlied“ nach der Melodie „Prinz Eugen“)



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

 Spendenkonto:
 IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

▶ Stadtteilarbeit im Göttinger Nordwesten

Im Nordwesten Göttingens rumort es gewaltig. Das geplante Neubaugebiet Holtenser Berg wirkt dabei als Katalysator zur Bildung von Strukturen des sozialen Engagements im Göttinger Nordwesten.

In der Ausgabe 3/2022 hatten wir über das geplante Neubaugebiet und den Bürgerprotest dagegen berichtet. Hier wird ein großes Neubauviertel mit rund 600 Wohneinheiten für ca. 2.000 Menschen geplant und soll in den nächsten Jahren realisiert werden.

Beim Kommunalpolitischen Arbeitskreis am 9. Februar 2022 benannte Hans-Dieter v. Frieling vom Bündnis Gutes Wohnen für Alle zahlreiche Probleme bei den bisherigen Planungen: Er bemängelte:

- die unzureichende Bürgerbeteiligung,
- das fehlende Konzept für eine zukunftsfähige Verkehrsanbindung
- die fehlende Planung für den gesamten Stadtteil Holtensen/Holtenser Berg.
- Unklar ist, wie Klimaschutz erfolgen kann und
- es fehlt ein Konzept für die Entwässerung des Gebietes, das auch bei stärkeren Regenereignissen vor Überschwemmung schützt.

Diese Probleme sind bis heute nicht gelöst. Eigentlich sind die Rahmenbedingungen günstig, da das Baugebiet zum größten Teil im Eigentum der öffentlichen Klosterkammer ist. Dies wird aber bisher nicht positiv genutzt. Eigentlich müssten nach Fertigstellung vor allem bezahlbare Wohnungen gegen die Wohnungsnot Gering- und Normalverdienender angeboten werden, dies scheint aber so nicht geplant zu sein.

Auf dem Holtenser Berg rührt sich Protest. Die angestammte Bevölkerung und vor allem die „Bürgerinitiative Holtenser Berg“ steht dabei dem Neubaugebiet nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, sie möchte aber den verkehrsberuhigten Charakter des Stadtteils nicht verlieren und vor allem: Die Menschen hier fühlen sich von der Stadt Göttingen nicht gehört und im Stich gelassen.

Auf Mitinitiative der Göttinger Linken bildete sich vor einigen Monaten das Forum Göttingen-Nordwest als Zusammenschluss von etwa 20-25 engagierten kritischen Bürger*innen aus dem Holtenser Berg und dem Hagenberg. Dabei besteht durchaus auch der Anspruch Holtenser miteinzubeziehen, diese sind allerdings nur sehr schwach vertreten. Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass die Holtenser über einen Ortsrat verfügen, deren Mitglieder gut in SPD und CDU vernetzt sind und dort Gehör finden. An der Gründung beteiligt hatten sich das Nachbarschaftszentrum Holtenser Berg, der Bürgerstammtisch Hagenberg, der Sportverein Grün-Weiß Hagenberg, die Ev. Kirchengemeinde Holtenser Berg und die BI Holtenser Berg, also nahezu alle wesentlichen Institutionen und Vereine, die es auf dem Holtenser Berg und Hagenberg gibt. Dabei übernimmt das Nachbarschaftszentrum koordinierende Funktionen.

Regelmäßig nehmen auch Stadtratsmitglieder nahezu aller Ratsfraktionen (CDU und FDP eher sporadisch) bzw. vor Ort lebende Mitglieder der Göttinger Linken und der SPD an den Sitzungen teil.

Ziel ist es die Lebenssituation der Menschen in den Stadtteilen zu verbessern, was thematisch weit über das Neubaugebiet hinausgeht und faktisch alle die beiden Stadtteile betreffenden kommunalen Themen betrifft. So gibt es thematische Arbeitsgruppen zu den Bereichen Wohnen, Verkehr, Infrastruktur sowie eine zu den Themen Jugend, Soziales, Kultur und Freizeit. Deren Anspruch ist es politische Forderungen für den Göttinger Nordwesten zu entwickeln. Erste Forderungen nach mehr Freizeitangeboten oder einer Multifunktionshalle wurden erarbeitet. Auch wurden im Plenum Themen besprochen, wie die Gefährdung der Grundschüler durch Elterntaxis vor der Hagenbergschule. Standort und Planung einer großen Sporthalle oder auch eine Umfrage der Stadtverwaltung zum Verkehrsverhalten der Bewohner*innen des Holtenser Berges.

Mittlerweile wird das Forum Göttingen-Nordwest zumindest in der Göttinger

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüller,
Christa Siebecke

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 1126 (11. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

Mandatsträger*innen:

Nornia Marcienkiwicz
Jost Lessmann
Edgar Schu (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Mtlg. des Jugendhilfeausschusses:
Christa Siebecke

Kommunalpolitischer Arbeitskreis –

Im Dezember findet kein Kommunalpolitischer Arbeitskreis statt. Der nächste Termin ist voraussichtlich am **Mittwoch, 11. Januar, 18.30 Uhr, zum Thema Migrations- und Flüchtlingspolitik.**

ger Lokalpolitik ernst genommen. So hat am 21. November (nach Redaktionsschluss) der Stadtbaurat Frithjof Look das Forumstreffen besucht.

Das Forum ist ein gelungener Zusammenschluss engagierter Bürger*innen, die sich in ihren Stadtvierteln für Verbesserungen und für die Interessen anderer Stadtteilbewohner engagieren. Wir werden als Göttinger Linke weiterhin dieses Engagement begleiten und unterstützen.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

Im Dezember
aktuell

Wohngeld

Anfrage an die Verwaltung zum Sozialausschuss am 11.10.22 mit Antworten der Verwaltung vom 15.11.22

Mit dem dritten Entlastungspaket hat die Ampelkoalition eine Reform des Wohngelds versprochen. Das Wohngeld soll zum 01.01.2023 von derzeit durchschnittlich 177 auf 370 Euro steigen und sich damit mehr als verdoppeln. Gleichzeitig wird der Kreis der Berechtigten deutlich ausgeweitet, was zu vermehrten Antragstellungen und mit dem gegenwärtigen Personal zu einer massiven Erhöhung der Wartezeit führen dürfte.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1) Wie sieht die Personalsituation in der Wohngeldstelle aus? Wie viele Stellen existieren dort?

Wir konnten bereits im September eine zusätzliche Stelle besetzen. Somit besteht die Wohngeldstelle aus aktuell 6 Sachbearbeiter*innen.

2) Sind Personalaufstockungen aufgrund der Ausweitung des Wohngeldes geplant?

Ja, aktuell auch eine Aufstockung der Stellen angemeldet. Die Personalsuche läuft bereits. Im ersten Schritt kommen voraussichtlich 8 zusätzliche Stellen im Überhang (9 Mitarbeiterinnen, davon 2 Halbtagskräfte).

3) Wie hoch ist die durchschnittliche Dauer von Antragstellung bis Bescheid?

Bei vollständigen Unterlagen beträgt die durchschnittliche Bearbeitungsdauer 1 bis 2 Wochen von der Antragstellung bis zum Bescheid.

4) Sind Abschlagszahlungen möglich?

Nein, Abschlagszahlungen sind nicht vorgesehen, sondern können erst nach vollständiger Berechnung erfolgen. Die Zahltermine des Landes Niedersachsen sind fest vorgegeben.

[Unseren eigentlich geplanten und aus der Anfrage resultierenden Ratsantrag haben wir daraufhin zurückgezogen, weil die Stadt bezüglich Wohngeld offenbar tatsächlich gut aufgestellt ist und sein wird.]

Gemeinsamer Eilantrag der Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Göttingen zur Sitzung am 18.11.22

Resolution - Kein Platz für Hass und Ausgrenzung, Göttingen steht für Vielfalt!

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen verurteilt aufs Schärfste die rechtsextremen und nationalsozialistischen Anfeindungen gegen die Göttinger DITIB-Gemeinde und die Jüdische Gemeinde Göttingen, die in den vergangenen beiden Wochen mit verschiedenen Drohbriefen einen neuen, traurigen Höhepunkt erreicht haben. Der Rat der Stadt erklärt sich solidarisch mit beiden Gemeinden sowie all ihren Mitgliedern. Hass und Ausgrenzung haben in unserer Stadt keinen Platz. Göttingen steht für Vielfalt, Toleranz und Respekt!

Begründung:

Die neuerlichen rechtsextremen und nationalsozialistischen Anfeindungen und Bedrohungen der Göttinger DITIB-Gemeinde und der Jüdischen Gemeinde Göttingen sind eine Schande und können nicht stillschweigend hingenommen werden. Es bedarf eines Schulterchlusses aller freiheitlich-demokratisch denkender Menschen unserer Stadt, um dem entschieden entgegenzutreten. Der Rat der Stadt ruft zur Solidarität mit allen Menschen auf, die von Hass und Ausgrenzung betroffen sind. Göttingen ist und bleibt die Heimat von Menschen jeder Religion und Herkunft. Göttingen ist Vielfalt!

[Die Resolution wurde einstimmig vom Rat angenommen]

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Oliver Preuß

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 - 12:00 Uhr

Mi: 13:00 - 16:30 Uhr

Do: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mi: 17:00 - 18:00 Uhr öffentlich

(...) Fortsetzung „Klimaschutz first - Was wir von der Jugend lernen können“ von Seite 1

Von Montag bis Freitag besetzen bis zu 60 Personen das Hainberggymnasium und die IGS.

Sie schreiben dazu in ihrem Flyer, dass sich ihr Protest nicht gegen die Schulen richte und sie den Unterricht weder aktiv stören noch behindern wollten. Sie hätten die Schule nur als Ort des Protestes gewählt, da sie dort für die Zukunft lernen und vorbereitet werden sollen. Aber wie wird ihre Zukunft aussehen, fragen sie sich zu recht.

Die Besetzer*innen erinnern daran, dass sie bereits seit 2019 mit Fridays for Future auch in Göttingen oft für Maßnahmen gegen den Klimawandel demonstriert haben. Aber seither sei viel zu wenig gemacht worden für den Klimaschutz. Wie wahr!

Auch einige der geneigten Leserschaft werden sich vielleicht an den Klimastreiktag im September 2019 erinnern, der durch die große Zahl der Demonstrierenden so was wie Aufbruchstimmung und Hoffnung auf wirksamen Protest aufkommen ließ. Und dann kam Corona. Und – egal, was passiert, steht die Profitlogik über allem, auch über dem Überleben dieses Planeten.

Die jungen Menschen lassen aber nicht locker und das ist gut so. So sind die 6 Forderungen der Schulbesetzer*innen einfach und nachvollziehbar und könnten sicher von dem allergrößten Teil der Linken hier in Göttingen unterschrieben werden.

Zitat aus dem Flyer:

- Verkehrswende jetzt (Unter anderem einen besser ausgebauten, regelmäßigen öffentlichen Nahver-

kehr, der erstmal durch die Wiedereinführung des 9 Euro Tickets benutzbar, langfristig aber komplett kostenlos sein soll)

- Schuldenerlass (Debt4Climate)
- Keine Profite mit der Energiekrise
- Fossile Energien beenden
- Entlastung und Umverteilung („Wir schließen uns den Forderungen der Kampagne ‘Genug ist genug’ an, die eine schnelle und soziale Umverteilung und Entlastung vor allem im Angesicht der aktuellen Preissteigerung fordert.“)
- Klimagerechte Lehre

Insbesondere die erste Forderung nach Ausbau des ÖPNV ist in der Stadt und im Landkreis Göttingen eine dringende Aufgabe für die Kommunalpolitik: Wer abends oder am Wochenende ohne Auto oder Fahrrad unterwegs sein will oder muss, stellt fest, wie frustrierend bis unmöglich das ist. Eine echte Alternative zum Individualverkehr muss anders aussehen.

Die Besetzung des Hainberggymnasium und der IGS in Geismar sind mittlerweile beendet worden. Die Parole lautet aber „Wir kommen wieder!“

Die Schulleitung betonte die mangelnde Sicherheit und schrieb den Protestierenden zuletzt sogar eine gewisse „Radikalität“ zu, die aber aus Sicht der Schüler*innen und auch der beobachtenden Eltern zu keiner Zeit vorhanden war, wenn damit Gewaltbereitschaft oder ähnliches gemeint sein sollte.

Immerhin haben die Proteste Aufmerksamkeit erregt und es gibt Angebote an die Besetzer*innen, wie z.B. Rede-



Wir trauern um Anne Schreiner, die am 17. November 2022 nach längerer Krankheit verstorben ist.

Anne Schreiner hat sich seit den 80er Jahren – zuerst im „Göttinger Friedensbüro“, später im „Göttinger Friedensforum“ – bis zum Schluss mit engagierter politischer Arbeit für Frieden, Abrüstung und Menschenrechte eingesetzt.

zeit und einen Tagesordnungspunkt im Umweltausschuss der Stadt Göttingen sowie ein Gespräch mit der niedersächsischen Umweltministerin.

Aber reicht das? Wohl kaum. Vielmehr sind gerade die linken Kräfte in Göttingen in der Pflicht, sich mit vereinten Kräften dem Thema Klimaschutz zu widmen.

(bs)

▶ Göttinger Blätter: In eigener Sache

Kosten für die Göttinger Blätter werden – leider - erhöht

Es muss heute – leider – um die Kosten des Bezugs der Göttinger Blätter gehen:

Ihr erinnert Euch? Als wir im Jahr 1991 mit den Göttinger Blätter starteten, kostete das Jahresabo für Einzelabonent*innen 20 DM!

2002 – mit Einführung des Euro - haben wir da sogar ganz leicht „verbilligt“: 10 Euro statt 10,23 €

Das Ganze kann aber nunmehr so leider nicht aufrechterhalten werden: Wir werden in 2023 den Preis für Einzelabos erhöhen müssen: Statt 10,00 Euro pro Jahr werden wir – Euer Einverständnis vorausgesetzt – 12 Euro berechnen. Wir hoffen da auf Euer Einverständnis.

Eine weitere Frage, die noch nicht geklärt ist, ist die Frage der farbigen Ausgabe, die wir uns seit dem April d. J. leisten und die die Attraktivität der „Blätter“ natürlich erheblich erhöht: Hier steht noch eine Diskussion der Herausgeber*innen aus: Mehr Kosten oder wieder schwarz/weiß? Ihr werdet es im Januar – entweder farbig oder schwarz/weiß sehen! **Die Göttinger Blätter!**

